

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Gesine Löttsch,
Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/2419 –**

Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz

A. Problem

Die Maßgaben des Berlin/Bonn-Gesetzes zur „Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn“ und zur „Ansiedlung des Kernbereichs der Regierungsfunktionen in der Bundeshauptstadt Berlin“ sind seit der Annahme des Gesetzes im Jahr 1994 umgesetzt worden, werden jetzt aber einer zukunftsfähigen Politikgestaltung nicht mehr gerecht.

Die Zweiteilung der Bundesregierung in eine Bonner und eine Berliner Sektion schwächt die Rolle Berlins als Bundeshauptstadt und widerspricht allen Grundsätzen einer effizienten Gestaltung der Arbeitsabläufe.

B. Lösung

Die Zweiteilung der Bundesregierung zwischen Berlin und Bonn soll aufgehoben werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/2419 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Jürgen Herrmann
Berichterstatter

Florian Toncar
Berichterstatter

Steffen Bockhahn
Berichterstatter

Katja Dörner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Carsten Schneider (Erfurt), Jürgen Herrmann, Florian Toncar, Steffen Bockhahn und Katja Dörner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 153. Sitzung am 20. Januar 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/2419** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere auffordern, ein Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz vorzulegen, das den jetzigen Zustand der Zweiteilung der Bundesregierung zwischen Berlin und Bonn aufhebt, mit dem vollständigen Umzug des Bundeskanzleramtes nach Berlin bis zum Jahre 2013 die Aufhebung des jetzigen Zustandes einzuleiten und einen Umzugsplan für alle Bundesministerien aufzustellen, nach dem bis zum Jahre 2017 die Zusammenführung der Bundesministerien in Berlin erfolgen soll.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/2419 in seiner 65. Sit-

zung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/2419 in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/2419 in seiner 81. Sitzung am 8. Februar 2012 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/2419 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD gefasst.

Berlin, den 8. Februar 2012

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Jürgen Herrmann
Berichterstatter

Florian Toncar
Berichterstatter

Steffen Bockhahn
Berichterstatter

Katja Dörner
Berichterstatterin

